Europäisches Parlament
2024-2029

Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten

2024/2108(INI)

27.6.2025

STELLUNGNAHME

des Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten

für den Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten und den Ausschuss für internationalen Handel

zu der Umsetzung des Handels- und Kooperationsabkommens zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich
(2024/2108(INI))

Verfasserin der Stellungnahme: Idoia Mendia

PA_NonLeg

ÄNDERUNGSANTRÄGE

Der Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten unterbreitet dem Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten und dem Ausschuss für internationalen Handel als federführenden Ausschüssen folgende Änderungen:

Änderungsantrag 1

Vorschlag für einen Beschluss
Bezugsvermerk 18 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	– unter Hinweis auf den Beschluss Nr. 1/2023 des gemäß Artikel 8 Absatz 1 Buchstabe p des Abkommens über Handel und Zusammenarbeit zwischen der EU und der Europäischen Atomgemeinschaft einerseits und dem Vereinigten Königreich andererseits eingesetzten Sonderausschusses für die Koordinierung der sozialen Sicherheit vom 10. März 2023 über die Nutzung des elektronischen Austauschs von Sozialversicherungsdaten für die Übermittlung von Daten zwischen Trägern oder Verbindungsstellen[1a];
	[1a] ABl. L 91 vom 29.3.2023, S. 89, ELI: http://data.europa.eu/eli/dec/2023/698/oj.

Änderungsantrag 2

Vorschlag für einen Beschluss
Bezugsvermerk 18 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	– unter Hinweis auf den Beschluss Nr. 2/2023 des gemäß Artikel 8 Absatz 1 Buchstabe p des Abkommens über Handel und Zusammenarbeit zwischen der EU und der Europäischen Atomgemeinschaft einerseits und dem Vereinigten Königreich andererseits eingesetzten Sonderausschusses für die Koordinierung

	der sozialen Sicherheit vom 28. Juni 2023 zur Benennung des Finanzinstituts, dessen Referenzzinssatz für die Festlegung des Verzugszinssatzes und dessen Referenzkurs für die Festlegung des Wechselkurses für Währungsumrechnungen herangezogen werden, und im Hinblick auf die Bestimmung des Bezugszeitpunkts für die Festlegung der Wechselkurse[1a];
	[1a] ABl. L 179 vom 14.7.2023, S. 147, ELI: http://data.europa.eu/eli/dec/2023/1460/oj.

Änderungsantrag 3

Vorschlag für einen Beschluss
Bezugsvermerk 20 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	– unter Hinweis auf das Abschlussdokument des Gipfeltreffens EU-Vereinigtes Königreich vom 19. Mai 2025 „Eine erneuerte Agenda für die Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und dem Vereinigten Königreich“;

Änderungsantrag 4

Entschließungsantrag
Erwägung A

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
A. in der Erwägung, dass die EU und das Vereinigte Königreich als Teil desselben Kontinents und durch gemeinsame Werte gebunden mit einer ernsten, volatilen globalen Sicherheitslage konfrontiert sind, die durch zunehmende geopolitische Spannungen gekennzeichnet ist; in der Erwägung, dass sie ihre politische Entschlossenheit bekundet	A. in der Erwägung, dass die EU und das Vereinigte Königreich als Teil desselben Kontinents und durch gemeinsame Werte gebunden mit einer ernsten, volatilen globalen Sicherheitslage konfrontiert sind, die durch zunehmende geopolitische Spannungen gekennzeichnet ist; in der Erwägung, dass sie ihre politische Entschlossenheit bekundet

haben, bei der Bewältigung globaler Herausforderungen und Sicherheitsbedrohungen zusammenzuarbeiten und weiterhin starke Partner zu sein, insbesondere bei der Unterstützung der Ukraine bei der Verteidigung gegen die Aggression Russlands;	haben, bei der Bewältigung globaler Herausforderungen und Sicherheitsbedrohungen zusammenzuarbeiten und weiterhin starke Partner zu sein, insbesondere bei der Unterstützung der Ukraine bei der Verteidigung gegen die Aggression Russlands; ***in der Erwägung, dass eine engere Zusammenarbeit zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich auf der Grundlage der Vorhersehbarkeit und Struktur des Handels- und Kooperationsabkommens wichtiger denn je ist, um gegenseitige Interessen zu wahren und die Widerstandsfähigkeit zu stärken;***

Änderungsantrag 5

Vorschlag für einen Beschluss
Erwägung J

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
J. in der Erwägung, dass das erste Gipfeltreffen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich, das für den 19. Mai 2025 geplant ist, voraussichtlich Impulse für die Auslotung von Möglichkeiten zur Vertiefung der Partnerschaft zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich in einer für beide Seiten vorteilhaften Weise geben wird, wobei Sicherheit und Verteidigung wahrscheinlich ein zentraler Schwerpunkt sein werden;	***entfällt***

Änderungsantrag 6

Entschließungsantrag
Erwägung K

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
K. in der Erwägung, dass die Bedeutung von Transparenz im internationalen Handel und bei	K. in der Erwägung, dass die Bedeutung von Transparenz im internationalen Handel und bei

internationalen Investitionen allen Beteiligten und Parteien zugutekommt; in der Erwägung, dass ein berechenbares Wirtschaftsumfeld, das den Handel und die Investitionen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich fördert, ***zu begrüßen ist***;	internationalen Investitionen allen Beteiligten und Parteien zugutekommt; in der Erwägung, dass ***es von zentraler Bedeutung ist,*** ein berechenbares Wirtschaftsumfeld zu haben, das den Handel und Investitionen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich fördert ***und somit zu Wachstum und Beschäftigung führt***;

Änderungsantrag 7

Entschließungsantrag
Erwägung N

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
N. in der Erwägung, dass das Vereinigte Königreich sein Sponsoring-System für Arbeitsvisa auf Dienstleister aus der EU anwendet und daher ein britischer Arbeitgeber, der einen Arbeitnehmer aus der EU beschäftigen möchte, vom Innenministerium des Vereinigten Königreichs zunächst eine Lizenz einholen und dann dem Arbeitnehmer aus der EU ein Sponsoring-Zertifikat ausstellen und eine Gebühren entrichten muss, damit dieser Arbeitnehmer ein Visum beantragen kann (***mit zusätzlichen*** Gebühren);	N. in der Erwägung, dass das Vereinigte Königreich sein Sponsoring-System für Arbeitsvisa auf Dienstleister aus der EU anwendet und daher ein britischer Arbeitgeber, der einen Arbeitnehmer aus der EU beschäftigen möchte, vom Innenministerium des Vereinigten Königreichs zunächst eine Lizenz einholen und dann dem Arbeitnehmer aus der EU ein Sponsoring-Zertifikat ausstellen und eine Gebühr entrichten muss, damit dieser Arbeitnehmer ein Visum beantragen kann (***wobei auch für den Arbeitnehmer zusätzliche*** Gebühren ***anfallen***);

Änderungsantrag 8

Vorschlag für einen Beschluss
Erwägung R a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Ra. in der Erwägung, dass das Handels- und Kooperationsabkommen eine Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit vorsieht, um die Ansprüche auf Sozialleistungen von Personen zu schützen, die sich nach dem 1. Januar 2021 zwischen der EU und dem

Vereinigten Königreich auf dem Arbeitsmarkt bewegen; in der Erwägung, dass das Handels- und Kooperationsabkommen darüber hinaus gleiche Rahmenbedingungen bietet, um für einen fairen Wettbewerb zu sorgen, indem in einigen Bereichen, darunter bei sozialen Rechten und Arbeitnehmerrechten, ein hohes Schutzniveau beibehalten wird, mit verbindlichen Durchsetzungs- und Streitbeilegungsmechanismen, durch die sichergestellt werden soll, dass die Vorschriften eingehalten werden;

Änderungsantrag 9

Vorschlag für einen Beschluss
Erwägung R b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Rb. in der Erwägung, dass das grundlegende Recht auf Vereinigung, Kollektivverhandlungen und Ergreifung kollektiver Maßnahmen im Völkerrecht verankert ist und eine Grundvoraussetzung für eine nachhaltige Entwicklung und gleiche Rahmenbedingungen entsprechend dem Handels- und Kooperationsabkommen darstellt;

Änderungsantrag 10

Entschließungsantrag
Erwägung R c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Rc. in der Erwägung, dass das Gesetz für die Rücknahme und Reform des beibehaltenen EU-Rechts (Retained EU Law (Revocation and Reform) Act 2023) des Vereinigten Königreichs am 29. Juni 2023 seine königliche Zustimmung erhielt; in der Erwägung, dass mit dem

Gesetz bestimmte beibehaltene EU-Rechtsvorschriften Ende 2023 aufgehoben wurden und der Sonderstatus aller beibehaltenen EU-Rechtsvorschriften in der Rechtsordnung des Vereinigten Königreichs abgeschafft wurde; in der Erwägung, dass den Behörden des Vereinigten Königreichs durch das Gesetz erhebliche Befugnisse übertragen wurden, beibehaltene EU-Rechtsvorschriften aufzuheben, zu ändern oder anzupassen;

Änderungsantrag 11

Vorschlag für einen Beschluss
Erwägung R d (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Rd. in der Erwägung, dass die Freizügigkeit der Arbeitnehmer ein Grundrecht der EU ist; in der Erwägung, dass die Mobilität von Arbeitnehmern und Auszubildenden in beruflicher Ausbildung und Fortbildung zwischen der EU und Vereinigten Königreich eine lange Tradition hat; in der Erwägung, dass Erasmus+ diesbezüglich seit langem ein wichtiges Instrument ist; in der Erwägung, dass die Vereinbarung zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich, auf die Assoziierung des Vereinigten Königreichs mit dem Programm Erasmus+ hinzuarbeiten, um die Möglichkeiten für junge Menschen im Bildungs-, Berufs- und Kulturbereich auszuweiten, zu begrüßen ist; in der Erwägung, dass es dabei helfen könnte, dem Arbeitskräftemangel entgegenwirken, wenn die Mobilität von Fachkräften zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich gefördert wird; in der Erwägung, dass ein umfassendes Mobilitätsabkommen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich erforderlich ist, das den Schutz der Arbeitnehmerrechte und die

grenzüberschreitende Freizügigkeit von Arbeitnehmern sicherstellt;

Änderungsantrag 12

Entschließungsantrag
Ziffer 7

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
7. hebt die besondere Situation Nordirlands hervor, die sich aus seiner einzigartigen Lage mit Zugang sowohl zum EU-Binnenmarkt als auch zum britischen Binnenmarkt ergibt, die durch das Protokoll zu Irland/Nordirland geschaffen wurde, um das Karfreitagsabkommen trotz des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der EU zu wahren; fordert die vollständige, rechtzeitige und getreue Umsetzung aller Aspekte des Windsor-Rahmens, um für dauerhafte Vorteile und Gewissheit und Vorhersehbarkeit für die Unternehmen und Menschen in Nordirland zu sorgen, die Wirtschaft der gesamten Insel zu schützen, das Karfreitagsabkommen in allen seinen Dimensionen zu wahren, für einen reibungslosen Handel und eine reibungslose Zusammenarbeit zu sorgen und die Integrität des Binnenmarkts und der Zollunion zu wahren; weist erneut darauf hin, dass die EU rasch reagiert hat, um den Windsor-Rahmen umzusetzen, und nun vom Vereinigten Königreich erwartet, dass es seinen Teil unverzüglich vollständig und gewissenhaft umsetzt;	7. hebt die besondere Situation Nordirlands hervor, die sich aus seiner einzigartigen Lage mit Zugang sowohl zum EU-Binnenmarkt als auch zum britischen Binnenmarkt ergibt, die durch das Protokoll zu Irland/Nordirland geschaffen wurde, um das Karfreitagsabkommen trotz des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der EU zu wahren; fordert die vollständige, rechtzeitige und getreue Umsetzung aller Aspekte des Windsor-Rahmens ***unter Wahrung der in Artikel 2 des Windsor-Rahmens verankerten Verpflichtungen in Bezug auf die Nichtbeeinträchtigung von Rechten, Schutzmaßnahmen und Gleichstellungsbestimmungen***, um für dauerhafte Vorteile und Gewissheit und Vorhersehbarkeit für die Unternehmen und Menschen in Nordirland zu sorgen, die Wirtschaft der gesamten Insel zu schützen, das Karfreitagsabkommen in allen seinen Dimensionen zu wahren, für einen reibungslosen Handel und eine reibungslose Zusammenarbeit zu sorgen und die Integrität des Binnenmarkts und der Zollunion zu wahren; weist erneut darauf hin, dass die EU rasch reagiert hat, um den Windsor-Rahmen umzusetzen, und nun vom Vereinigten Königreich erwartet, dass es seinen Teil unverzüglich vollständig und gewissenhaft umsetzt;

Änderungsantrag 13

Vorschlag für einen Beschluss
Ziffer 7 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	7a. betont, dass sichergestellt werden muss, dass Personen mit Wohnsitz in Nordirland und Irland nicht daran gehindert oder dabei eingeschränkt werden, im Einklang mit den Bestimmungen des Karfreitagsabkommens eine Beschäftigung auf der anderen Seite der Grenze zu suchen und auszuüben; betont, wie wichtig es ist, Grenzgänger, einschließlich ihrer Sozial- und Arbeitnehmerrechte, in diesem Zusammenhang zu schützen;

Änderungsantrag 14

Vorschlag für einen Beschluss
Ziffer 13

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
13. begrüßt das Engagement der Zivilgesellschaft bei der Umsetzung des Handels- und Kooperationsabkommens; hebt die ausgewogene Vertretung in der Internen Beratungsgruppe der EU und ihre wertvollen Empfehlungen hervor; fordert den Partnerschaftsrat auf, die unterschiedlichen Standpunkte der Zivilgesellschaft weiterhin zu berücksichtigen;	13. begrüßt das Engagement der Zivilgesellschaft***, unter anderem von Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften sowie nichtstaatlichen Organisationen,*** bei der Umsetzung des Handels- und Kooperationsabkommens; hebt die ausgewogene Vertretung in der Internen Beratungsgruppe der EU und ihre wertvollen Empfehlungen hervor; ***betont die Bedeutung des Forums der Zivilgesellschaft in diesem Zusammenhang;*** fordert den Partnerschaftsrat auf, die unterschiedlichen Standpunkte der Zivilgesellschaft weiterhin zu berücksichtigen;

Änderungsantrag 15

Vorschlag für einen Beschluss
Ziffer 20 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	20a. begrüßt die Verpflichtung, die während des Gipfeltreffens zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich am 19. Mai 2025 eingegangen wurde und in der Vereinbarung über eine erneuerte Agenda für die Zusammenarbeit zwischen der Kommission und dem Vereinigten Königreich zum Ausdruck kommt, strukturierte Dialoge über die vorübergehende Einreise natürlicher Personen zu Geschäftszwecken und über die Anerkennung von Berufsqualifikationen im Rahmen des Handels- und Kooperationsabkommens aufzunehmen; betont die anhaltenden Hindernisse, mit denen Staatsangehörige der EU und des Vereinigten Königreichs beim Zugang zu reglementierten Berufen konfrontiert sind; betont, dass es klarer, straffer Anerkennungsverfahren bedarf und auf beiden Seiten Berufsverbände und die zuständigen Behörden einbezogen werden müssen; stellt fest, dass bislang nur eine Empfehlung für eine mögliche Vereinbarung über die gegenseitige Anerkennung im Rahmen des Handels- und Kooperationsabkommens eingegangen ist, und zwar in Bezug auf den Architektenberuf; fordert die Kommission und das Vereinigte Königreich auf, die Umsetzung von Artikel 158 des Handels- und Kooperationsabkommens voranzutreiben und weiteren Sektoren wie dem Gesundheitswesen, dem Ingenieurwesen sowie juristischen und Finanzdienstleistungen Vorrang einzuräumen;

Änderungsantrag 16

Vorschlag für einen Beschluss
Ziffer 20 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	20b. begrüßt die Absichtserklärung nach dem Gipfeltreffen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich, auf ein ausgewogenes Jugenderfahrungsprogramm hinzuarbeiten, um jungen Menschen aus der Europäischen Union und dem Vereinigten Königreich die Teilnahme an verschiedenen Tätigkeiten in Bereichen wie Arbeit, Studium, Au-pair, Freiwilligentätigkeit oder einfach Reisen für einen begrenzten Zeitraum zu erleichtern; fordert beide Parteien auf, die Konzeption und Umsetzung des Programms rasch und ehrgeizig voranzutreiben und für gegenseitigen Zugang, Rechtssicherheit und eine angemessene soziale Absicherung der Teilnehmer zu sorgen; betont, wie wichtig es ist, für die Teilnehmer an einem künftigen Jugenderfahrungsprogramm angemessene Arbeitsbedingungen und eine angemessene Vergütung, soweit relevant, sicherzustellen;

Änderungsantrag 17

Vorschlag für einen Beschluss
Ziffer 20 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	20c. begrüßt ebenfalls die Absichtserklärung des EU-UK-Gipfels, auf die Beteiligung des Vereinigten Königreichs am EU-Programm Erasmus+ hinzuarbeiten; fordert die Kommission und das Vereinigte Königreich auf, in diesem Zusammenhang die Verhandlungen wiederaufzunehmen;

Änderungsantrag 18

Vorschlag für einen Beschluss
Ziffer 21 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	21a. erinnert daran, dass es im Rahmen des Handels- und Kooperationsabkommens erforderlich ist, dass die Wirtschaftspartnerschaft zwischen den beiden Vertragsparteien auf gleichen Rahmenbedingungen hinsichtlich eines offenen und fairen Wettbewerbs beruht und dass Handel und Investitionen in einer Weise erfolgen, die einer nachhaltigen Entwicklung, einschließlich der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung und des Umweltschutzes, förderlich ist; verweist darauf, dass die Wahrung der Rechte der Arbeitnehmer in diesem Zusammenhang, wie unter anderem in den Artikeln 355, 386, 387, 399 und 524 des Handels- und Kooperationsabkommens dargelegt, von wesentlicher Bedeutung ist; stellt fest, dass sich beide Vertragsparteien gemäß Artikel 355 verpflichtet haben, ihre jeweiligen Standards in den unter Titel XI aufgeführten Bereichen beizubehalten und zu verbessern;

Änderungsantrag 19

Vorschlag für einen Beschluss
Ziffer 21 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	21b. begrüßt in diesem Zusammenhang die im Gesetz der britischen Regierung über Arbeitnehmerrechte (Employment Rights Bill 2024-2025) enthaltenen Vorschläge zur Ausweitung der Rechte auf Tarifverhandlungen, zur Gewährleistung von Arbeitszeiten für Arbeitnehmer und zur Aufhebung des Gesetzes über

Mindestdienstleistungsniveaus bei Streiks (Strikes (Minimum Service Levels) Act 2023); begrüßt in diesem Zusammenhang das Gesetz über die Rechte der Arbeitnehmer mit dem Titel „Good Jobs“, das von der dezentralisierten nordirischen Verwaltung in Belfast eingeführt wurde und mit dem die EU-Standards uneingeschränkt eingehalten werden;

Änderungsantrag 20

Vorschlag für einen Beschluss
Ziffer 21 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	21c. stellt fest, dass die Behörden des Vereinigten Königreichs der Kommission in ihrer offiziellen Antwort an die Kommission und in einer Reihe von technischen Sitzungen in Bezug auf das Gesetz für die Rücknahme und Reform des beibehaltenen EU-Rechts (Retained EU Law (Revocation and Reform) Act 2023) mitgeteilt haben, dass das Ziel des Gesetzes nicht darin besteht, das Schutzniveau unter anderem in arbeitsrechtlichen Angelegenheiten im Rahmen des Handels- und Kooperationsabkommens zu senken; fordert die Kommission jedoch im Hinblick auf die weitreichende Ermächtigung der Behörden des Vereinigten Königreichs zur Änderung des beibehaltenen EU-Rechts und die Rolle der Gerichte des Vereinigten Königreichs bei der Auslegung der beibehaltenen EU-Rechtsvorschriften zu einer weiteren Überwachung auf, um die Einhaltung des Abkommens zu gewährleisten;

Änderungsantrag 21

Vorschlag für einen Beschluss
Ziffer 21 d (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	21d. stellt fest, dass die Regierung des Vereinigten Königreichs im Oktober 2024 ihre Absicht angekündigt hat, innerhalb des Ministeriums für Wirtschaft und Handel eine neue Agentur für faire Arbeit einzurichten, um die bestehenden staatlichen Durchsetzungsstellen für den Arbeitsschutz zu ersetzen;

Änderungsantrag 22

Vorschlag für einen Beschluss
Ziffer 21 e (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	21e. fordert die Kommission und die PPA auf, sorgfältig zu überwachen, dass es bei Arbeitnehmerrechten im Vereinigten Königreich zu keinen Rückschritten kommt, und ihre Bemühungen mit der Regierung des Vereinigten Königreichs zur Gewährleistung der vollständigen Einhaltung des Handels- und Kooperationsabkommens fortzusetzen; fordert die Kommission auf, alle verfügbaren Mittel zu nutzen, um etwaigen Bedenken Rechnung zu tragen, die die Anwendung von Titel XI Kapitel 6 des Handels- und Kooperationsabkommens erforderlich machen könnten, unter anderem durch den Dialog in der PPA und in den Sonderausschüssen, die Konsultation der Internen Beratungsgruppe der EU und erforderlichenfalls die Streitbeilegungsmechanismen gemäß Artikel 389 des Handels- und Kooperationsabkommens;

Änderungsantrag 23

Vorschlag für einen Beschluss
Ziffer 21 f (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	21f. fordert die EU und das Vereinigte Königreich auf, Möglichkeiten einer weitergehenden Zusammenarbeit und eines weitergehenden Austauschs bewährter Verfahren in den Bereichen Beschäftigung und Sozialschutz zu prüfen; erkennt das Potenzial einer gegenseitigen Zusammenarbeit an, um die Umsetzung und Durchsetzung der Beschäftigungspolitik zu verbessern und einen fairen Wettbewerb, nachhaltiges Wachstum für Unternehmen und faire Arbeitsbedingungen für Arbeitnehmer sowohl in der EU als auch im Vereinigten Königreich sicherzustellen; weist darauf hin, dass den Sozialpartnern sowohl bei der Überwachung als auch bei der Durchsetzung des Handels- und Kooperationsabkommens eine wichtige Rolle zukommt, unter anderem durch die Befugnis, offizielle Beschwerden einzureichen;

Änderungsantrag 24

Vorschlag für einen Beschluss
Ziffer 21 g (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	21g. begrüßt die im Juni 2025 zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich erzielte politische Einigung über die wichtigsten Aspekte eines künftigen Abkommens zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich über Gibraltar mit dem Ziel, alle physischen Hindernisse, Kontrollen und Überprüfungen von Personen und Waren zwischen Spanien

und Gibraltar zu beseitigen und gleichzeitig den Schengen-Raum, den EU-Binnenmarkt und die Zollunion zu erhalten; begrüßt insbesondere die Absicht, faire Wettbewerbsbedingungen im Bereich Arbeit zu gewährleisten;

Änderungsantrag 25

Entschließungsantrag
Ziffer 22 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	22a. begrüßt, dass die EU und das Vereinigte Königreich im Rahmen der Internationalen Arbeitsorganisation weiterhin zusammenarbeiten, vor allem an der Entwicklung eines neuen Instruments zur Regulierung der Plattformarbeit;

Änderungsantrag 26

Entschließungsantrag
Ziffer 29 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	29a. weist erneut darauf hin, wie wichtig es ist, bei Energieprojekten hohe Umwelt- und Arbeitsstandards aufrechtzuerhalten; betont, dass eine regulatorische Zusammenarbeit erforderlich ist, um sicherzustellen, dass Energieinitiativen eine stärkere Konvergenz in den Bereichen Arbeitnehmerrechte, Gesundheit und Sicherheit sowie Umweltschutz fördern;

Änderungsantrag 27

Vorschlag für einen Beschluss
Ziffer 32 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	32a. begrüßt die Einschätzung der Kommission, dass die Zusammenarbeit zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich im Bereich der Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit konstruktiv war, und in den Jahren 2023 und 2024 keine signifikanten systemischen oder strukturellen Probleme ermittelt wurden, wobei sich beide Seiten verpflichtet haben, jegliche Probleme zu lösen, die sich bei der Umsetzung des Protokolls über die Koordinierung der sozialen Sicherheit zum Handels- und Kooperationsabkommen („Protokoll“) ergeben könnten; stellt fest, dass der Sonderausschuss für die Koordinierung der sozialen Sicherheit zwei Beschlüsse über entsandte Arbeitnehmer und Selbstständige und zur Klärung bestimmter finanzieller Aspekte angenommen hat; hebt hervor, dass es wichtig ist, über ein dynamisches Protokoll zu verfügen, das sich an die überarbeiteten Bestimmungen zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit anpasst; fordert, dass weiterhin Anstrengungen unternommen werden, um die Verfahren zu vereinfachen, für eine einheitliche Auslegung in allen Mitgliedstaaten und im Vereinigten Königreich zu sorgen und durch bessere Orientierungshilfen, digitale Instrumente und Zusammenarbeit bei der Verwaltung den Bürgern den Zugang zur sozialen Sicherheit zu erleichtern;

Änderungsantrag 28

Vorschlag für einen Beschluss
Ziffer 32 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	32b. stellt fest, dass der Sonderausschuss für die Koordinierung

der sozialen Sicherheit technische Arbeit zu Themen wie Änderungen für strukturierte elektronische Dokumente und für portable Dokumente, Verfahren für die Erstattung der Kosten von Leistungen bei Krankheit und Umsetzung der einschlägigen Beschlüsse der Verwaltungskommission für die Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit geleistet hat; fordert den Sonderausschuss auf, seine Anstrengungen zu verstärken und spürbare Fortschritte bei der Verbesserung der Verfahren zu erzielen und dabei für eine einheitliche Auslegung in den Mitgliedstaaten und im Vereinigten Königreich zu sorgen und die Koordinierung der Sozialversicherungsansprüche von mobilen Arbeitnehmern und Grenzgängern zu verbessern;

Änderungsantrag 29

Entschließungsantrag
Ziffer 32 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	32c. unterstreicht, dass für menschenwürdige, faire und sichere Arbeitsbedingungen für Saisonarbeitnehmer gesorgt werden muss, insbesondere in so wichtigen Sektoren wie Landwirtschaft, Tourismus und der Bauwirtschaft; fordert die Kommission auf, sich im Rahmen der Umsetzung des Abkommens über Handel und Zusammenarbeit zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich für die Einführung eines spezifischen Mechanismus für die Mobilität von Saisonarbeitnehmern einzusetzen, einschließlich gemeinsamer Normen für die Dauer der Beschäftigung, den Zugang zu Leistungen der sozialen Sicherheit und den Schutz vor Ausbeutung, mit Garantien, die jenen in der Richtlinie

2014/36/EU[1a] vergleichbar sind;

[1a] Richtlinie (EU) 36/1883 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen zwecks Beschäftigung als Saisonarbeitnehmer (ABl. L 94 vom 28.3.2014, S. 375, ELI: http://data.europa.eu/eli/dir/2014/36/oj).

Änderungsantrag 30

Entschließungsantrag
Ziffer 32 d (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	32d. fordert die Kommission auf, die Möglichkeit der Einrichtung einer zentralen Anlaufstelle für die EU und das Vereinigte Königreich zu bewerten, an die Verstöße gegen Arbeitnehmerrechte, Hindernisse beim Zugang zu Sozialleistungen sowie Probleme im Zusammenhang mit der Anerkennung von Arbeitsverträgen mit grenzüberschreitendem Charakter gemeldet werden können;

Änderungsantrag 31

Entschließungsantrag
Ziffer 32 e (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	32e. stellt die Bedeutung und den Wert des europäischen Sozialmodells fest und fordert die Regierung des Vereinigten Königreichs auf, das Regressionsverbot auf den gesamten sozialen Besitzstand der

EU auszuweiten;

ANLAGE: EINRICHTUNGEN ODER PERSONEN, VON DENEN DIE VERFASSERIN DER STELLUNGNAHME BEITRÄGE ERHALTEN HAT

Gemäß Anlage I Artikel 8 der Geschäftsordnung erklärt die Verfasserin der Stellungnahme, dass sie bei der Vorbereitung der Stellungnahme bis zu deren Annahme im Ausschuss Beiträge von folgenden Einrichtungen oder Personen erhalten hat:

Einrichtung und/oder Person
European Trade Union Confederation (ETUC)
IndustriAll European Trade Union

Die vorstehende Liste wird unter der ausschließlichen Verantwortung der Verfasserin der Stellungnahme erstellt.

Wenn natürliche Personen in der Liste namentlich, mit ihrer Funktion oder mit beidem genannt werden, erklärt die Verfasserin der Stellungnahme, dass sie den betroffenen natürlichen Personen die Erklärung zum Datenschutz Nr. 484 des Europäischen Parlaments (https://www.europarl.europa.eu/data-protect/index.do) vorgelegt hat, in der die Bedingungen für die Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten und die mit dieser Verarbeitung verbundenen Rechte dargelegt sind.

ANGABEN ZUR ANNAHME IM MITBERATENDEN AUSSCHUSS

Datum der Annahme	25.6.2025
Ergebnis der Schlussabstimmung	+: 48 –: 7 0: 1
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder	Maravillas Abadía Jover, Grégory Allione, Marc Angel, Pascal Arimont, Konstantinos Arvanitis, Nikola Bartůšek, Gabriele Bischoff, Vilija Blinkevičiūtė, Rachel Blom, Andrzej Buła, David Casa, Estelle Ceulemans, Leila Chaibi, Per Clausen, Henrik Dahl, Johan Danielsson, Marie Dauchy, Mélanie Disdier, Elena Donazzan, Gheorghe Falcă, Chiara Gemma, Niels Geuking, Isilda Gomes, Alicia Homs Ginel, Sérgio Humberto, Katrin Langensiepen, Miriam Lexmann, Marit Maij, Marlena Maląg, Jagna Marczułajtis-Walczak, Maria Ohisalo, Branislav Ondruš, Aodhán Ó Ríordáin, Nicola Procaccini, Dennis Radtke, Nela Riehl, Liesbet Sommen, Villy Søvndal, Pál Szekeres, Georgiana Teodorescu, Jana Toom, Raffaele Topo, Francesco Torselli, Brigitte van den Berg, Marie-Pierre Vedrenne, Marianne Vind, Petar Volgin, Jan-Peter Warnke, Séverine Werbrouck
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter	Regina Doherty, Rosa Estaràs Ferragut, Kathleen Funchion, Rudi Kennes, Hristo Petrov
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder gemäß Art. 216 Abs. 7 der Geschäftsordnung	Mireia Borrás Pabón, Paulo Do Nascimento Cabral

NAMENTLICHE SCHLUSSABSTIMMUNG DURCH MITBERATENDEN AUSSCHUSS

48	+
EKR	Elena Donazzan, Chiara Gemma, Marlena Maląg, Nicola Procaccini, Georgiana Teodorescu, Francesco Torselli
NI	Branislav Ondruš, Jan-Peter Warnke
EVP	Maravillas Abadía Jover, Pascal Arimont, Andrzej Buła, David Casa, Henrik Dahl, Regina Doherty, Paulo Do Nascimento Cabral, Rosa Estaràs Ferragut, Gheorghe Falcă, Niels Geuking, Sérgio Humberto, Miriam Lexmann, Jagna Marczułajtis-Walczak, Dennis Radtke, Liesbet Sommen
Renew Europe	Grégory Allione, Hristo Petrov, Jana Toom, Brigitte van den Berg, Marie-Pierre Vedrenne
S&D	Marc Angel, Gabriele Bischoff, Vilija Blinkevičiūtė, Estelle Ceulemans, Johan Danielsson, Isilda Gomes, Alicia Homs Ginel, Marit Maij, Aodhán Ó Ríordáin, Raffaele Topo, Marianne Vind
The Left	Konstantinos Arvanitis, Leila Chaibi, Per Clausen, Kathleen Funchion, Rudi Kennes
Verts/ALE	Katrin Langensiepen, Maria Ohisalo, Nela Riehl, Villy Søvndal

7	-
PfE	Nikola Bartůšek, Rachel Blom, Mireia Borrás Pabón, Marie Dauchy, Mélanie Disdier, Pál Szekeres, Séverine Werbrouck

1	0
ESN	Petar Volgin

Erklärung der benutzten Zeichen:
+ : dafür
- : dagegen
0 : Enthaltung